

Vernehmlassung zur Teilrevision des Steuergesetzes 2015

Sehr geehrte Vernehmlassungsteilnehmer und -teilnehmerinnen

Das Vernehmlassungsverfahren zur Teilrevision des Steuergesetzes 2015 wird elektronisch durchgeführt. Wir bitten Sie, für Ihre Stellungnahme dieses **Formular** zu verwenden und Ihre Bemerkungen zur jeweils links stehenden Gesetzesbestimmung in der rechten Spalte einzutragen (bei einem Verzicht bitte einen entsprechenden Vermerk anbringen). Bitte senden Sie uns die elektronische Version Ihrer Stellungnahme bis spätestens am **7. November 2013** an folgende E-Mail-Adresse: **fd@sz.ch**. Bitte stellen Sie uns nebst der Word-Version auch eine PDF-Version zu. Dadurch wird unsere Vernehmlassungsauswertung erheblich vereinfacht. Besten Dank.

Das nachfolgende Raster gliedert sich in folgende Bereiche:

- Technische Änderungen aufgrund des StHG (I.)
- Steuerpolitische Änderungen (II.)
- Sonstige rechtliche Änderungen (III.)
- Redaktionelle Änderungen (IV.)

Wir bitten Sie um Stellungnahme zu allen vier Bereichen. Bitte beachten Sie dabei, dass der gesetzgeberische Gestaltungsspielraum bei den technischen und den redaktionellen Änderungen (I. und IV.) relativ gering ist bzw. ganz entfällt. Der Inhalt der harmonisierungsrechtlich bedingten Änderungen ist - insbesondere in Bezug auf den Gesetzeswortlaut - weitestgehend vom StHG vorgegeben.

I. Technische Änderungen aufgrund des StHG	
A. <u>Mitarbeiterbeteiligungen</u>	
§ 5 Abs. 2 Bst. b ² Natürliche Personen ohne steuerrechtlichen Wohnsitz oder Aufenthalt in der Schweiz sind ausserdem steuerpflichtig, wenn sie: b) als Mitglieder der Verwaltung oder Geschäftsführung von juristischen Personen mit Sitz oder Betriebsstätte im Kanton Tantiemen, Sitzungsgelder, feste Entschädigungen, Mitarbeiterbeteiligungen oder ähnliche Vergütungen beziehen.	
§ 18	b) Unselbstständige Erwerbstätigkeit aa) Grundsatz

<p>Steuerbar sind alle Einkünfte aus privatrechtlichem oder öffentlichrechtlichem Arbeitsverhältnis mit Einschluss der Nebeneinkünfte, wie Entschädigungen für Sonderleistungen, Provisionen, Zulagen, Dienstalters- und Jubiläumsgeschenke, Gratifikationen, Trinkgelder, Tantiemen, geldwerte Vorteile aus Mitarbeiterbeteiligungen und andere geldwerte Vorteile.</p>	
<p>§ 18a (neu) bb) Mitarbeiterbeteiligungen</p> <p>¹ Als echte Mitarbeiterbeteiligungen gelten:</p> <p>a) Aktien, Genussscheine, Partizipationsscheine, Genossenschaftsanteile oder Beteiligungen anderer Art, welche der Arbeitgeber, dessen Muttergesellschaft oder eine andere Konzerngesellschaft den Mitarbeitenden abgibt;</p> <p>b) Optionen auf den Erwerb von Beteiligungen nach Bst. a.</p> <p>² Als unechte Mitarbeiterbeteiligung gelten Anwartschaften auf blosse Bargeldabfindungen.</p>	
<p>§ 18b (neu) cc) Einkünfte aus echten Mitarbeiterbeteiligungen</p> <p>¹ Geldwerte Vorteile aus echten Mitarbeiterbeteiligungen, ausser aus gesperrten oder nicht börsenkotierten Optionen, sind im Zeitpunkt des Erwerbs als Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit steuerbar. Die steuerbare Leistung entspricht deren Verkehrswert vermindert um einen allfälligen Erwerbspreis.</p> <p>² Bei Mitarbeiteraktien sind für die Berechnung der steuerbaren Leistung Sperrfristen mit einem Diskont von 6 Prozent pro Sperrjahr auf deren Verkehrswert zu berücksichtigen. Dieser Diskont gilt längstens für zehn Jahre.</p> <p>³ Geldwerte Vorteile aus gesperrten oder nicht börsenkotierten Mitarbeiteroptionen werden im Zeitpunkt der Ausübung besteuert. Die steuerbare Leistung entspricht dem Verkehrswert der Aktie bei Ausübung vermindert um den Ausübungspreis.</p>	

<p>§ 18c (neu) dd) Einkünfte aus unechten Mitarbeiterbeteiligungen</p> <p>Geldwerte Vorteile aus unechten Mitarbeiterbeteiligungen sind im Zeitpunkt ihres Zuflusses steuerbar.</p>	
<p>§ 18d (neu) ee) Anteilsmässige Besteuerung</p> <p>Hatte die steuerpflichtige Person nicht während der gesamten Zeitspanne zwischen Erwerb und Entstehen des Ausübungsrechts der gesperrten Mitarbeiteroptionen gemäss § 18b Abs. 3 steuerrechtlichen Wohnsitz oder Aufenthalt in der Schweiz, so werden die geldwerten Vorteile daraus anteilmässig im Verhältnis zwischen der gesamten zu der in der Schweiz verbrachten Zeitspanne besteuert.</p>	
<p>§ 44a (neu) e) Mitarbeiterbeteiligungen</p> <p>¹ Mitarbeiterbeteiligungen nach § 18b Abs. 1 sind zum Verkehrswert steuerbar. Allfällige Sperrfristen sind in Anwendung von § 18b Abs. 2 zu berücksichtigen.</p> <p>² Mitarbeiterbeteiligungen nach §§ 18b Abs. 3 und 18c sind bei Zuteilung ohne Steuerwert zu deklarieren.</p>	
<p>§ 88 Abs. 2</p> <p>² Steuerbar sind alle Einkünfte aus Arbeitsverhältnis, mit Einschluss der Nebeneinkünfte, wie Entschädigungen für Sonderleistungen, Provisionen, Zulagen, Dienstalters- und Jubiläumsgeschenke, Gratifikationen, Trinkgelder, Tantiemen, geldwerte Vorteile aus Mitarbeiterbeteiligungen und andere geldwerte Vorteile, sowie die Ersatzeinkünfte, wie Taggelder aus Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung.</p>	

<p>§ 92 Abs. 1 Bst. d (neu)</p> <p>¹ Die Schuldner der steuerbaren Leistungen sind verpflichtet:</p> <p>d) die anteilmässigen Steuern auf im Ausland ausgeübten Mitarbeiteroptionen zu entrichten; die Arbeitgeber schulden die anteilmässige Steuer auch dann, wenn der geldwerte Vorteil von einer ausländischen Konzerngesellschaft ausgerichtet wird.</p>	
<p>§ 96 Abs. 1 und 2</p> <p>¹ Im Ausland wohnhafte Mitglieder der Verwaltung oder der Geschäftsführung von juristischen Personen mit Sitz oder tatsächlicher Verwaltung im Kanton sind für die ihnen ausgerichteten Tantiemen, Sitzungsgelder, festen Entschädigungen, Mitarbeiterbeteiligungen und ähnlichen Vergütungen an der Quelle steuerpflichtig.</p> <p>² Im Ausland wohnhafte Mitglieder der Verwaltung oder der Geschäftsführung ausländischer Unternehmungen, welche im Kanton Betriebsstätten unterhalten, sind für die ihnen zu Lasten dieser Betriebsstätten ausgerichteten Tantiemen, Sitzungsgelder, festen Entschädigungen, Mitarbeiterbeteiligungen und ähnlichen Vergütungen an der Quelle steuerpflichtig.</p>	
<p>§ 98a (neu) 6. Empfänger von Mitarbeiterbeteiligungen</p> <p>¹ Personen, die im Zeitpunkt des Zuflusses von geldwerten Vorteilen aus gesperrten Mitarbeiteroptionen gemäss § 18b Abs. 3 im Ausland wohnhaft sind, werden für den geldwerten Vorteil anteilmässig nach § 18d an der Quelle besteuert.</p> <p>² Die Steuer beträgt 15 Prozent des geldwerten Vorteils.</p>	
<p>§ 147 Abs. 1 Bst. d (neu)</p> <p>¹ Den Veranlagungsbehörden müssen für jede Steuerperiode eine Bescheinigung</p>	

<p>einreichen:</p> <p>d) Arbeitgeber über alle notwendigen Angaben für die Veranlagung von Mitarbeiterbeteiligungen, welche ihren Angestellten eingeräumt wurden. Die vom Bundesrat gestützt auf Art. 129 Abs. 1 Bst. d des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer vom 14. Dezember 1990 (DBG) erlassenen Bestimmungen gelten sinngemäss.</p>	
<p>B. Pauschalbesteuerung</p>	
<p>§ 15a (neu) 11. Besteuerung nach dem Aufwand</p> <p>a) Voraussetzungen</p> <p>¹ Der Regierungsrat kann natürlichen Personen das Recht zugestehen, anstelle der Einkommens- und Vermögenssteuer eine Steuer nach dem Aufwand zu entrichten, wenn sie:</p> <p>a) nicht das Schweizer Bürgerrecht haben;</p> <p>b) erstmals oder nach mindestens zehnjähriger Unterbrechung unbeschränkt steuerpflichtig (§ 4) sind; und</p> <p>c) in der Schweiz keine Erwerbstätigkeit ausüben.</p> <p>² Ehegatten, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe leben, müssen beide die Voraussetzungen nach Abs. 1 erfüllen.</p>	
<p>§ 15b (neu) b) Bemessung und Berechnung</p> <p>¹ Die Steuer, die an die Stelle der Einkommenssteuer tritt, wird nach den jährlichen, in der Bemessungsperiode im In- und Ausland entstandenen Lebenshaltungskosten der steuerpflichtigen Person und der von ihr unterhaltenen Personen, mindestens aber nach dem höchsten der folgenden Beträge bemessen:</p> <p>a) 600 000 Franken;</p> <p>b) für Steuerpflichtige mit eigenem Haushalt: dem Siebenfachen des jährlichen Miet-</p>	

zinsens oder des Mietwerts nach § 22 Abs. 1 Bst. b;

c) für die übrigen Steuerpflichtigen: dem Dreifachen des jährlichen Pensionspreises für Unterkunft und Verpflegung am Ort des Aufenthalts nach § 4.

² Die Steuer wird nach dem ordentlichen Steuertarif berechnet.

³ Der pauschalen Vermögenssteuer, welche nach dem ordentlichen Steuertarif berechnet wird, unterliegen mindestens die in Abs. 4 erwähnten Vermögenswerte. Als Bemessungsgrundlage gilt mindestens das Zwanzigfache der Bemessungsgrundlage für die pauschale Einkommenssteuer.

⁴ Die Steuer nach dem Aufwand muss mindestens gleich hoch sein wie die Summe der nach den ordentlichen Tarifen berechneten Einkommens- und Vermögenssteuern vom gesamten Bruttobetrag:

- a) des in der Schweiz gelegenen unbeweglichen Vermögens und von dessen Einkünften;
- b) der in der Schweiz gelegenen Fahrnis und von deren Einkünften;
- c) des in der Schweiz angelegten beweglichen Kapitalvermögens, einschliesslich der grundpfändlich gesicherten Forderungen, und von dessen Einkünften;
- d) der in der Schweiz verwerteten Urheberrechte, Patente und ähnlichen Rechte und von deren Einkünften;
- e) der Ruhegehälter, Renten und Pensionen, die aus schweizerischen Quellen fließen;
- f) der Einkünfte, für die die steuerpflichtige Person aufgrund eines von der Schweiz abgeschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung gänzliche oder teilweise Entlastung von ausländischen Steuern beansprucht.

⁵ Werden Einkünfte aus einem Staat nur dann von dessen Steuern entlastet, wenn die Schweiz diese Einkünfte allein oder mit anderen Einkünften zum Satz des Gesamteinkommens besteuert, so wird die Steuer nicht nur nach den in Abs. 4 bezeichneten Einkünften, sondern auch nach allen aufgrund des betreffenden Doppelbesteuerungsabkommens der Schweiz zugewiesenen Einkommensbestandteilen aus dem Quellenstaat bemessen.

<p>⁶ Der Regierungsrat kann eine von Abs. 1 und 4 abweichende Steuerbemessung und Steuerberechnung vorsehen, wenn dies erforderlich ist, um den in § 15a Abs. 1 erwähnten Steuerpflichtigen die Entlastung von den Steuern eines ausländischen Staats zu ermöglichen, mit dem die Schweiz ein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen hat.</p>	
<p>C. Lotteriegewinnbesteuerung</p>	
<p>§ 24 Bst. e</p> <p>Steuerbar sind auch: e) die einzelnen Gewinne von über 1 000 Franken aus einer Lotterie oder einer lotterieähnlichen Veranstaltung.</p>	
<p>§ 33 Abs. 3 Bst. f (neu)</p> <p>³ Weiter werden abgezogen: f) von den einzelnen Gewinnen aus einer Lotterie oder einer lotterieähnlichen Veranstaltung 5 Prozent als Einsatzkosten, jedoch höchstens 5 000 Franken.</p>	
<p>D. Parteispendenabzug</p>	
<p>§ 33 Abs. 3 Bst. d (neu)</p> <p>³ Weiter werden abgezogen: d) die Mitgliederbeiträge und Zuwendungen bis zum Gesamtbetrag von 6 000 Franken an politische Parteien, die</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. im Parteienregister nach Art. 76a des Bundesgesetzes über die politischen Rechte vom 17. Dezember 1976 eingetragen sind, 	

<p>2. in einem kantonalen Parlament vertreten sind, oder</p> <p>3. in einem Kanton bei den letzten Wahlen des kantonalen Parlaments mindestens 3 Prozent der Stimmen erreicht haben.</p>	
<p>E. <u>Kinderdrittbetreuungskostenabzug</u></p>	
<p>§ 33 Abs. 3 Bst. e (neu)</p> <p>³ Weiter werden abgezogen:</p> <p>e) die nachgewiesenen Kosten für die Drittbetreuung jedes Kindes, das das 14. Altersjahr noch nicht vollendet hat und mit der steuerpflichtigen Person, die für seinen Unterhalt sorgt, im gleichen Haushalt lebt, soweit diese Kosten in direktem kausalem Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit, Ausbildung oder Erwerbsunfähigkeit der steuerpflichtigen Person stehen, jedoch höchstens 6 000 Franken.</p>	
<p>§ 35 Abs. 1 Bst. e</p> <p>¹ Vom Reineinkommen werden für die Steuerberechnung abgezogen:</p> <p>e) 6 300 Franken zusätzlich für eine allein erziehende Person, solange ein Kind noch nicht volljährig ist.</p>	
<p>F. <u>Steuerbefreiung konzessionierter Verkehrs- und Infrastrukturunternehmen</u></p>	
<p>§ 61 Abs. 1 Bst. j (neu) und Abs. 2</p> <p>¹ Von der Steuerpflicht sind befreit:</p> <p>j) die vom Bund konzessionierten Verkehrs- und Infrastrukturunternehmen, die für diese Tätigkeit Abgeltungen erhalten oder aufgrund ihrer Konzession einen ganzjährigen Betrieb von nationaler Bedeutung aufrecht erhalten müssen. Die Steuerbefreiung erstreckt sich auch auf Gewinne aus der konzessionierten Tätigkeit, die frei</p>	

<p>verfügbar sind. Von der Steuerbefreiung ausgenommen sind jedoch Nebenbetriebe und Liegenschaften, die keine notwendige Beziehung zur konzessionierten Tätigkeit haben.</p> <p>Abs. 2 wird aufgehoben.</p>	
<p>G. <u>Neues Rechnungslegungsrecht</u></p>	
<p>§ 144 Abs. 3 Satz 2</p> <p>³ Natürliche Personen mit Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit und juristische Personen müssen Geschäftsbücher, Aufstellungen nach § 143 Abs. 2 und sonstige Belege, die mit ihrer Tätigkeit in Zusammenhang stehen, während zehn Jahren aufbewahren. Die Art und Weise der Führung und der Aufbewahrung richtet sich nach den Bestimmungen des Obligationenrechts.</p>	
<p>II. Steuerpolitische Änderungen</p>	
<p>A. <u>Neuer Titel für Tarif Bezirke, Gemeinden und Kirchgemeinden, privilegierte Dividendenbesteuerung</u></p>	
<p>§ 36 Überschrift, Abs. 3 5. Steuerberechnung</p> <p style="padding-left: 20px;">a) Steuertarif</p> <p style="padding-left: 40px;">aa) Tarif für Bezirke, Gemeinden und Kirchgemeinden</p> <p>³ Für Dividenden aus Kapitalgesellschaften und Genossenschaften, an deren Grundkapital die Steuerpflichtigen zu mindestens 10 Prozent beteiligt sind, wird die Steuer gemäss Abs. 1 und Abs. 2 zum halben Satz des steuerbaren Gesamteinkommens berechnet.</p>	<p>Dies ist eine politische Entscheidung. Immerhin ist es aus Sicht des Standortwettbewerbs ein Nachteil und eine Schwächung. Deshalb stehen wir der Aenderung kritisch gegenüber.</p> <p>Aeusserungen der Steuerverwaltung weisen zudem darauf hin, dass man die Möglichkeit der privilegierten Dividendenbesteuerung auf an der GV beschlossene Dividenden begrenzen will. Dadurch werden z.B. geldwerte Leistungen nicht mehr privilegiert besteuert. Diese Praxis ist abzulehnen, da sie die Diskussionen um geldwerte Leistungen erhöht. Die Steuerpflichtigen sind bei der Festlegung von Privatanteilen, Verbuchungen von gemischt genutzten Gütern etc. immer in einem Ermessensspielraum. Durch die "Bestrafung" von bei Ermessensfragen aufgerechneten Privatanteilen etc. mit der 100%-Besteuerung wird</p>

	<p>die Unsicherheit und Unzufriedenheit der Steuerpflichtigen mit der Veranlagung weiter zunehmen. Diese Praxis ist unsachgemäss und abzulehnen.</p> <p>Die Planungssicherheit für Unternehmen und Inhaber von Unternehmen leidet durch diese Anpassung, da sie sich u.U. basierend auf dem bestehenden Steuer-Regime angesiedelt haben.</p> <p>Weiter ist nicht nachvollziehbar, weshalb am Teilsatzverfahren festgehalten wird, obwohl die meisten Kantone und auch der Bund das Teileinkünfteverfahren anwenden.</p> <p>Beim Vorschlag der Besteuerung zum halben Satz wird der Kanton Schwyz gegenüber naheliegenden Kantonen wie Uri, Aargau und Glarus, welche eine Privilegierung von 60 bis 65 % gewähren, unattraktiver. Es ist nicht einzusehen, weshalb der Kanton Schwyz seine bisher Top-Position gänzlich aufgeben und sich zum Durchschnitt der Schweiz bewegen soll. Eine Privilegierung im Bereich von 60 oder 65 % kann durchaus als verfassungskonform gelten.</p>
<p>B. Neuer Kantonstarif</p>	
<p>§ 36a (neu) bb) Kantonstarif</p> <p>§ 36 gilt auch für die Kantonssteuer. Hinzu kommt eine zusätzliche Tarifstufe von 7 Prozent für die weiteren 152 900 Franken bis zu einem steuerbaren Einkommen von 378 700 Franken, ab dem die einfache Steuer für das ganze Einkommen 5 Prozent beträgt.</p>	<p>Eine politische Frage, jedoch standortpolitisch eine schlechtes Signal. Bereits der Wegzug einiger weniger Topverdiener hätte erhebliche Auswirkungen auf die Einnahmen der Schwyzer Gemeinwesen. Es sollte überlegt werden, ob für die benötigten Mehreinnahmen nicht eine generelle Steuerfusserhöhung die sachgerechtere Massnahme darstellte.</p>
<p>C. Besondere Kapitalleistungen: Maximalsatz</p>	
<p>§ 38 Abs. 1 Satz 2</p> <p>¹ Kapitalleistungen gemäss § 23 sowie Zahlungen bei Tod und für bleibende körperliche oder gesundheitliche Nachteile werden gesondert zu dem Steuersatz berech-</p>	<p>Do.</p>

<p>net, der sich ergäbe, wenn an Stelle der einmaligen eine jährliche Leistung von 1/25 der Kapitalleistung ausgerichtet würde. Die einfache Steuer beträgt maximal 2.5 Prozent.</p>	
<p>D. Vermögenssteuer: Steuersatz</p>	
<p>§ 48 Abs. 1</p> <p>¹ Die Vermögenssteuer beträgt 0.6 Promille des steuerbaren Vermögens.</p>	<p>Mit der geplanten Erhöhung der Vermögenssteuer ist der Kanton Schwyz zwar immer noch auf den Spitzenplätzen in der Schweiz zu finden, allerdings nur primär in Bezug auf die Gemeinden Freienbach und Wollerau, während die übrigen Gemeinden gegenüber anderen Kantonen weitere Plätze verlieren. In diesem Bereich wird das Ziel "Wahrung der Steuerattraktivität" klar verfehlt..</p>
<p>E. Minimalsteuer ordentlich besteuerte JP: Mindestbetrag</p>	
<p>§ 82 Abs. 1</p> <p>¹ Die Minimalsteuer beträgt 0.4 Promille des massgebenden Eigenkapitals, mindestens aber 300 Franken.</p>	<p>Das Finanzdepartement begründet die Minimalbesteuerung unter anderem mit der Abgeltung des Verwaltungsaufwandes bei der Veranlagung juristischer Personen. Der Minimalbetrag von CHF 300 übersteigt aber die erforderliche Abgeltung des Verwaltungsaufwandes. Wenn schon eine solche Minimalbesteuerung, welche letztlich ebenfalls kein gutes Standortsignal sendet, schon eingeführt werden soll, dann darf diese CHF 100 nicht übersteigen.</p>
<p>F. Minimalsteuer privilegiert besteuerte JP: Mindestbetrag</p>	
<p>§ 83 Abs. 1</p> <p>¹ Holding- sowie Domizil- und gemischte Gesellschaften entrichten eine Minimalsteuer von 0.025 Promille vom massgebenden Eigenkapital, mindestens aber 300 Franken.</p>	
<p>G. Grundstückgewinnsteuer: Besitzesdauerzuschlag</p>	
<p>§ 120 Abs. 2</p>	

² Die gemäss Abs. 1 berechnete Grundstückgewinnsteuer erhöht sich bei einer anrechenbaren Besitzesdauer

von weniger als 1 Jahr um 40 Prozent

von weniger als 2 Jahren um 30 Prozent

von weniger als 3 Jahren um 20 Prozent

von weniger als 4 Jahren um 10 Prozent.

H. Grundstückgewinnsteuer: Neuverteilung Ertrag

§ 199 Abs. 1

¹ Der Ertrag der Grundstückgewinnsteuer wird zu einem Viertel nach Massgabe des Gesetzes über den Finanzausgleich auf die Bezirke und Gemeinden verteilt.

III.

Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes wird die nachfolgende Vorschrift wie folgt geändert:

Gesetz über den Finanzausgleich:

§ 12 4. Verteilung der Grundstückgewinnsteuer

¹ Ein Viertel des Ertrages der Grundstückgewinnsteuer wird vom Kanton zu einem Drittel den Bezirken und zu zwei Dritteln den Gemeinden abgetreten.

² Die getrennten Bezirks- und Gemeindeanteile werden nach der relativen Steuerkraft auf die einzelnen Bezirke und Gemeinden verteilt.

³ Der Anteil der Bezirke und Gemeinden wird zusammen mit dem Steuerkraftausgleich nach §§ 10 und 11 dazu verwendet, um die tiefe relative Steuerkraft einzelner Bezirke und Gemeinden anzuheben.

III. Sonstige rechtliche Änderungen

A. Wiedereingebrachte Abschreibungen bei Grundstücksgewinnen des Geschäftsvermögens

§ 19 Abs. 4

⁴ Gewinne auf Grundstücken des Geschäftsvermögens werden in dem Umfang den steuerbaren Einkünften zugerechnet, in dem Abschreibungen zugelassen worden sind.

§ 64 Abs. 3

³ Gewinne auf Grundstücken sind in dem Umfang als Gewinn steuerbar, in dem Abschreibungen zugelassen worden sind.

B. Ausgleich der kalten Progression: Ergänzung der Pauschalbesteuerung

§ 49 Abs. 1 Satz 2

¹ Ausserdem können zu diesem Zwecke die Abzüge gemäss §§ 28, 33, 35 und 47 sowie der Mindestbetrag gemäss § 15b Abs. 1 Bst. a der Teuerung angepasst werden.

C. Quellensteuer: Abzüge und ELM/QSt

§ 90 Abs. 1 Satz 2

¹ In den Tarifen nicht berücksichtigte Abzüge gemäss §§ 28 und 33 können in Fällen ohne nachträgliche ordentliche Veranlagung gemäss § 93 auf Antrag gewährt

werden.	
<p>§ 92 Abs. 1 Bst. c</p> <p>¹ Die Schuldner der steuerbaren Leistungen sind verpflichtet:</p> <p>c) die Steuern periodisch an die zuständige Amtsstelle abzuliefern, mit ihr darüber auf dem amtlichen Formular oder elektronisch über den hierzu zur Verfügung gestellten Kanal abzurechnen und den Steuerbehörden zur Kontrolle der Steuererhebung Einblick in alle Unterlagen zu gewähren.</p>	
<p>§ 94 Abs. 2</p> <p>wird aufgehoben.</p>	
<p>D. <u>Verfahrensrechtliche Bestimmungen: RIP und Aufhebung der vollstreckungsrechtlichen Urteilsleichstellung</u></p>	
<p>§ 167</p> <p>¹ Die Beschwerdeinstanz ist bei ihrem Entscheid nicht an die Anträge der Parteien gebunden.</p> <p>² Sie kann den angefochtenen Entscheid nach Anhören der beschwerdeführenden Partei zu deren Nachteil abändern.</p> <p>³ Der Beschwerdeinstanz stehen dieselben Befugnisse zu wie den Veranlagungsbehörden.</p>	
<p>§ 191</p> <p>wird aufgehoben.</p>	
<p>E. <u>Schlussbestimmungen</u></p>	

<p>§ 250c (neu) 10. Teilrevision 2014</p> <p>¹ Die geänderten Bestimmungen finden erstmals auf die im Kalenderjahr 2015 zu Ende gehende Steuerperiode Anwendung.</p> <p>² Die zusätzliche Tarifstufe für die Kantonssteuer nach § 36a wird bei der Quellensteuer ab 1. Januar 2016 angewandt.</p> <p>³ Für die übrigen Änderungen bei der Quellensteuer und für die Änderungen bei der Grundstückgewinnsteuer gilt das Übergangsrecht der §§ 245 und 246 analog mit Stichtag 31. Dezember 2014.</p> <p>⁴ Die zeitliche Anwendbarkeit der Bestimmungen betreffend Mitarbeiterbeteiligungen (§§ 5 Abs. 2 Bst. b, 18, 18a - d, 44a, 88 Abs. 2, 92 Abs. 1 Bst. d, 96 Abs. 1 und 2, 98a, 99, 147 Abs. 1 Bst. d) richtet sich nach den Ausführungsvorschriften des Bundessteuerrechts.</p> <p>⁵ § 167 Abs. 1 und 2 finden auf alle verwaltungsgerichtlichen Verfahren Anwendung, die bei Inkrafttreten dieser Bestimmungen hängig sind.</p>	
<p>II.</p> <p>Das Gesetz über die steuerbegünstigten Arbeitsbeschaffungsreserven vom 28. Januar 1988 wird per 31. Dezember 2014 aufgehoben.</p>	
<p>IV. Redaktionelle Änderungen</p>	
<p>A. Sozialabzug IV-Empfänger: Ersatz „Vollrente“ durch „ganze Rente“</p>	
<p>§ 35 Abs. 1 Bst. f</p> <p>¹ Vom Reineinkommen werden für die Steuerberechnung abgezogen:</p> <p>f) 3 200 Franken für jede steuerpflichtige Person, die über 65 Jahre alt ist oder eine</p>	

ganze Rente der eidgenössischen Invalidenversicherung bezieht.	
B. <u>Lebensversicherungen: neuer Titel</u>	
§ 45 Überschrift	f) Lebensversicherungen
C. <u>Quellensteuer: Ergänzung Paragraphenzitat bei Begriffsbestimmung</u>	
§ 99	7. Begriffsbestimmung
Als im Ausland wohnhafte Steuerpflichtige nach den §§ 95 bis 98a gelten natürliche Personen ohne steuerrechtlichen Wohnsitz oder Aufenthalt in der Schweiz und juristische Personen ohne Sitz oder tatsächliche Verwaltung in der Schweiz.	
D. <u>Abgegoltene Steuer: neuer Titel</u>	
§ 100 Überschrift	8. Abgegoltene Steuer
E. <u>Schuldnerpflichten: neuer Titel</u>	
§ 101 Überschrift	9. Schuldnerpflichten
F. <u>Übergangsbestimmung: Entfernung der Vorbehaltsklausel</u>	
§ 250a Abs. 1 Satz 2	
¹ Die geänderten Bestimmungen finden erstmals auf die im Kalenderjahr 2007 zu Ende gehende Steuerperiode Anwendung.	
G. <u>Übergangsbestimmung: Entfernung der Vorbehaltsklausel und Korrektur Paragraphenzitat</u>	
§ 250b Abs. 1 und 2	

¹ Die geänderten Bestimmungen finden erstmals auf die im Kalenderjahr 2010 zu Ende gehende Steuerperiode Anwendung.

² Für die Änderungen bei der Quellen- und Grundstückgewinnsteuer gilt das Übergangsrecht der §§ 245 und 246 analog mit Stichtag 31. Dezember 2009.

Datum:

07.11.2013

Vernehmlassungsteilnehmer/-in:

ZVDS (Zentralschweizerische Vereinigung diplomierter Steuerexperten), Präsident
Bruno Käch
Treuhand-Kammer, Sektion Zentralschweiz, Präsident Erich Ettlin

Bitte elektronische Version als Word- und PDF-Datei bis am **7. November 2013** an folgende E-Mail-Adresse senden: fd@sz.ch

Besten Dank.